

# Pressemitteilung

Kamp-Lintfort, den 30.06.2020

15/2020

## Corona-Krise für Bildungsoffensive nutzen

Das Recht der Kinder auf Bildung ist wichtig und darf nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) auch durch die Corona Pandemie nicht über Gebühr eingeschränkt werden. Von daher ist es verständlich, dass viele Schüler und Eltern eine „Regelöffnung“ der Schulen einfordern. Einen normalen Schulbetrieb wird es auch nach den Sommerferien aber noch nicht geben können, betonte der Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport des DStGB, Bürgermeister Christoph Gerwers, Rees, heute in Kamp-Lintfort. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler und die verfügbaren Räumlichkeiten in den Schulen machten es sehr schwierig, die Hygiene- und Abstandsregelungen einzuhalten. Außerdem gehören rund ein Viertel der Lehrerinnen und Lehrer zu den Risikogruppen und werden möglicherweise keinen Präsenzunterricht geben können.

Der Ausschuss erwartet von den Ländern, dass diese in enger Abstimmung mit den kommunalen Schulträgern Konzepte für eine Regelöffnung erarbeiten und die Kommunen finanziell unterstützen. „Die Kultusminister sollten sich jetzt auf klare Leitlinien und eine nationale Teststrategie an Schulen verständigen“, forderte **Gerwers**. Wenn wir neue Infektionen möglichst vermeiden wollen, müssen auch in den Schulen nach wie vor so weit wie möglich Abstands- und Hygieneregeln gelten. Die Lerngruppen sollten soweit möglich strikt unter sich bleiben, Schulbeginn und Pausenzeiten könnten gestaffelt werden. Dies stellt aber große Anforderungen an die Schülerbeförderung und ist nur mit hohem finanziellem Aufwand zu organisieren. Notwendig seien flexiblere Konzepte, etwa eine Konzentration auf die Hauptfächer sowie die kluge Kombination aus Präsenz- und Fernunterricht. Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler sollten regelmäßig stichprobenartig getestet werden. Außerdem

Marienstraße 6  
12207 Berlin

Telefon 030.773 07.253  
Telefax 030.773 07.200

E-Mail: [dstgb@dstgb.de](mailto:dstgb@dstgb.de)

Homepage:

<http://www.dstgb.de>

ViSdP

Geschäftsführendes

Präsidialmitglied

**Dr. Gerd Landsberg**

Pressesprecher

**Alexander Handschuh**

braucht es Handlungskonzepte für die kommunalen Schulträger für den Fall regional steigender Infektionszahlen. *„Auch wenn wir alle hoffen, dass uns ein weiterer Lockdown erspart bleibt, sollten wir aber auch auf örtlich begrenzte Schulschließungen besser vorbereitet sein“*, erklärte **Gerwers**. *„Hier erwarten wir von der Kultusministerkonferenz mehr Unterstützung“*. Gerade in der Krise muss es möglich sein, flexibel zu reagieren und neue Wege zu gehen.

### **Nach Auffassung des Ausschusses sollte die Krise für eine umfassende Bildungsoffensive genutzt werden**

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass viele Schulen trotz guter Einzelbeispiele bei den Möglichkeiten des digitalen Unterrichts noch nicht auf der Höhe der Zeit sind. Auch der aktuelle Bildungsbericht offenbart deutliche Defizite beim digitalen Lernen an Schulen. Digitaler Unterricht könnte aber auch bereits jetzt sinnvoll eingesetzt werden, um neben dem Präsenzunterricht Schülerinnen und Schüler mit besonderem Nachholbedarf zusätzlich zu unterstützen. *„Für den digitalen Unterricht fehlt es nicht nur an Endgeräten, sondern insbesondere an Lernplattformen, passender Lernsoftware, Infrastruktur in den Schulen und verlässlichen Regelungen zum Datenschutz“* erläuterte **der Fachbeigeordnete des DStGB, Uwe Lübking**.

Die Öffnung der Schulen wird auch dadurch erschwert, dass die bauliche Konzeption vieler Schulen nicht mehr den aktuellen pädagogischen Anforderungen entspricht. Hinzu kommt ein Investitionsstau von rund 44 Mrd. Euro. Bund und Länder sollten ein längerfristiges Investitionspaket von mindestens 20 Mrd. Euro für die nächsten 10 Jahre auflegen, mit dem die Schulen geeignete Raumprogramme für zeitgemäße Lehr- und Lernformen schaffen können.

Der Ausnahmezustand an den Schulen trifft bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche besonders hart. Wer zu Hause nicht optimal gefördert werden kann, fällt weiter zurück. Die Bildungsungerechtigkeit wächst so mit jedem Tag Schule, der ausfällt. Der aktuelle Bildungsbericht zeigt, dass auch ohne die Pandemie mehr Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Schulabschluss verlassen. Für diese Schülerinnen und Schüler braucht es besondere Unterstützungsprogramme, etwa die in einigen Bundesländern vorgesehenen „Somerschulen“ oder Tutorenprogramme. Hier können neben Lehrkräften z.B. Lehramtsstudenten oder Pensionäre eingesetzt werden. *„Die Programme müssen allerdings so ausgestattet sein, dass sie möglichst gezielt die Kinder mit Unterstützungsbedarf erreichen“*, so **Gerwers** und **Lübking** abschließend.